



Niederschrift

63. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 24.01.2007
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	18:30 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, R. 280 a

Anwesend sind:

Herr Jakobs, Jann	Oberbürgermeister	
Herr Dr. Gunold, Klaus-Uwe	DIE LINKE. PDS	
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE. PDS	
Herr Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen	DIE LINKE. PDS	
Herr Dr. Schlomm, Herbert	DIE LINKE. PDS	
Frau Dr. Schröter, Karin	DIE LINKE. PDS	
Frau Knoblich, Hannelore	SPD	
Herr Mühlberg, Andreas	SPD	
Herr Schubert, Mike	SPD	
Herr Bretz, Steeven	CDU	
Herr Cornelius, Wolfgang	CDU	
Herr Heinzl, Horst	CDU	
Herr Schüler, Peter	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Bankwitz, Ute	BürgerBündnis/FDP	ab 17:10 Uhr
Herr Gohlke, Dieter	FAMILIEN-PARTEI	bis ca. 19:00 Uhr
Frau Grimm, Ute	Die Andere	

Nicht anwesend sind:

Frau Müller, Birgit	DIE LINKE. PDS	entschuldigt
Frau Paulsen, Bettina	CDU	entschuldigt

Gäste:

Herr Exner, GB 1
Frau Fischer, GB 2
Frau E. Müller, GB 3
Frau Dr. von Kuick-Frenz, GB 4
Herr Goetzmann, FB Stadtplanung und Bauordnung
Herr Jetschmanegg, Büro des Oberbürgermeisters
Frau Ziegenbein, Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 10.01.2007
- 2 Einführung eines modularen Gesamtsystems für Dokumentenmanagement und Vorgangsbearbeitung in der Potsdamer Stadtverwaltung
Vorlage: 06/SVV/0497
Fraktion BürgerBündnis/FDP
- 3 Nutzungskonzept für die Potsdamer Innenstadt
Vorlage: 06/SVV/0652
Fraktion Grüne/B90
- 4 City - Beirat
Vorlage: 06/SVV/0656
Fraktion SPD
- 5 Großveranstaltungen in der Potsdamer Innenstadt
Vorlage: 06/SVV/0688
Fraktion BürgerBündnis/FDP
- 6 Sanierung der Stadt- und Landesbibliothek und des Alten Rathauses
Vorlage: 06/SVV/0896
Fraktion DIE LINKE. PDS
- 7 Jugendförderplan der Landeshauptstadt Potsdam 2007 bis 2008/2010
Vorlage: 06/SVV/0968
Oberbürgermeister, FB Jugendamt
- 8 Bürgerbeteiligung bei Großprojekten
Vorlage: 06/SVV/0988
Fraktion Die Andere
- 9 Mitteilungen der Verwaltung
- 9.1 Handlungskonzept zur Gestaltung des Demografischen Wandels in der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 06/SVV/1009
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
- 9.2 Kommunalen Einnahmevergleich
Vorlage: 06/SVV/0982
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
- 9.3 Uferwegekonzeption
- 10 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 10.01.2007**

Der Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest (zu Beginn der Sitzung sind 15 Mitglieder des Hauptausschusses anwesend).

Zur Tagesordnung schlägt der Oberbürgermeister vor, den Punkt 7 zurückzustellen, da das Votum des Jugendhilfeausschusses und des Ausschusses für Bildung und Sport noch nicht vorliegen. Frau Dr. Müller macht darauf aufmerksam, dass der Jugendförderplan demnächst nicht im Hauptausschuss aufgerufen werden müsse, da die weitere Beratung im Zusammenhang mit der Haushaltssatzung 2007 erfolge.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Die Tagesordnung des öffentlichen Teils wird mit dieser Änderung einstimmig bestätigt.

Zum Protokoll des öffentlichen Teils der 62. Sitzung vom 10.01.2007 gibt es keine Hinweise oder Änderungen; das Protokoll wird mit 14 Ja-Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen, bestätigt.

zu 2 **Einführung eines modularen Gesamtsystems für Dokumentenmanagement und Vorgangsbearbeitung in der Potsdamer Stadtverwaltung**

Vorlage: 06/SVV/0497

Fraktion BürgerBündnis/FDP

Der Oberbürgermeister verweist auf die in der letzten Sitzung von Herrn Buchholz angekündigte Verständigung in der Fraktion BürgerBündnis/FDP und bittet Frau Bankwitz, dem Hauptausschuss das Ergebnis mitzuteilen.

Frau Bankwitz führt aus, dass sie sich die ausgereichten Unterlagen angesehen, allerdings zum Anliegen ihres Antrages wenig Informationen gefunden habe. Sie möchte ihre Fragen wie die nach der Zertifizierung des Systems, ob es eine Ausschreibung gegeben habe, zur Höhe der Kosten und zur Anzahl der Bewerber beantwortet haben.

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass die Frage der Zertifizierung bereits in der letzten Sitzung des Hauptausschusses durch Herrn Dr. Pokorny beantwortet wurde; die Beantwortung der anderen Fragen werde die Verwaltung nachreichen. Daraufhin bittet Frau Bankwitz, die Urkunde für die Zertifizierung dem Protokoll als Anlage beizufügen und den Antrag abzustimmen.

Herr Bretz schlägt vor, den Antrag **zurückzustellen** und sowohl die Urkunde als auch die Beantwortung der Fragen dem Protokoll als Anlage beizufügen.

Gegen diesen Verfahrensvorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

zu 3 **Nutzungskonzept für die Potsdamer Innenstadt**

Vorlage: 06/SVV/0652

Fraktion Grüne/B90

Der Oberbürgermeister schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 3, 4 und 5 gemeinsam zu behandeln und verweist eingangs auf die in der letzten Sitzung des Hauptausschusses vorgetragenen Erfahrungen der Initiative „Freies Tor“, der Mittelstandsvereinigung der CDU Potsdam und des Bereiches Wirtschafts-

förderung der Stadtverwaltung. Darüber hinaus habe es eine Auswertung mit allen Akteuren, der IHK und der Verwaltung an seinem Tisch gegeben und es sei eindeutig festgestellt worden, dass alle „hochzufrieden“ seien und es gegenüber der vergangenen Jahre einen Qualitätssprung beim Weihnachtsmarkt gegeben habe. Diese Zufriedenheit drücke sich in der Befragung der Mittelstandsvereinigung der CDU Potsdam und auch in der Händlerbefragung aus; ebenso habe Karstadt signalisiert, mit den Ergebnissen zufrieden zu sein. In diesem Zusammenhang habe man sich auch mit den vorliegenden Anträgen befasst, wobei deutlich geworden sei, dass kein Beirat nötig sei sondern es ausreiche, wenn frühzeitig mit den Vorbereitungen begonnen werde. Hier sei der Februar 2007 avisiert; unter der Leitung der AG-City und der Einbeziehung der Anwohner sowie von Kulturträgern, die auch an den Vorbereitungstreffen teilnehmen werden. Des Weiteren habe man sich dazu verständigt, zukünftig auch die Brandenburger Straße zwischen Friedrich-Ebert-Straße und Bassinplatz einzubeziehen. Was die so genannten Großveranstaltungen betreffe, sei man der Auffassung, dass ein Miteinander sowie eine rechtzeitige und umfassende Information der Händler und der Anwohner ausreichend sei, damit sie sich entsprechend auf diese Veranstaltungen einstellen können.

Herr Schubert führt aus, dass es Ziel des Antrages der Fraktion der SPD gewesen sei, mit dem City-Beirat einen breiteren Gesprächskreis zu initiieren. Er sehe keine Notwendigkeit, diesen Antrag weiterhin aufrecht zu erhalten, wenn alle Betroffenen eine Möglichkeit gefunden haben, miteinander zu kommunizieren und ziehe deshalb den Antrag DS 06/SVV/0656 zurück.

Frau Bankwitz betont, dass auch ihre Fraktion die Fortschritte bezüglich des Weihnachtsmarktes wohlwollend zur Kenntnis genommen habe. Deshalb beziehe sich die neue Fassung der DS 06/SVV/0688 nicht so sehr auf den Weihnachtsmarkt, sondern auf Großveranstaltungen überhaupt.

Herr Schüler führt zur DS 06/SVV/0652 der Fraktion Grüne/ B 90 aus, dass Ziel dieses Antrages ein Nutzungskonzept sei, um im Vorhinein zu klären, welche Veranstaltungen wo stattfinden und wie die Betroffenen eingebunden werden können. Es gelte Vorstellungen zu entwickeln, wie die vorhandenen Flächen genutzt werden, damit sich Veranstaltungen nicht gegenseitig behindern und einen größtmöglichen Erfolg haben.

Herr Cornelius meint, dass die CDU mit einem Nutzungskonzept kein Problem habe und es so etwas in dieser Art bereits gebe, nämlich in Form der Satzung über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen der Landeshauptstadt Potsdam. Auch jetzt erfolgen schon Absprachen mit der Stadt, werde durch sie kontrolliert und die Händler mit einbezogen. Im Weiteren verweist er auf die Zufriedenheit der Händler, was aus der Befragung der CDU hervorgehe, in der sich 93 % dementsprechend geäußert haben.

Auf die Nachfrage von Herrn Bretz, was die Fraktion BürgerBündnis/FDP im Pkt. 1 der neuen Fassung der DS 06/SVV/0688 unter „Kontrolle und Verantwortung der Stadt“ verstehe, antwortet Frau Bankwitz, dass die Verwaltung ihre Verantwortung nicht abgeben solle. Sie bestätigt auf Nachfrage des Oberbürgermeisters, dass damit aber nicht die Stadt als genereller Veranstalter gemeint sei.

Herr Dr. Scharfenberg empfiehlt, Schlussfolgerungen zu ziehen und mit dem bereits Vorhandenem in Einklang zu bringen, z. B. mit der Satzung über die Straßensondernutzung.

Dem widerspricht Herr Schüler, da er nicht glaube, dass das ausreichend sei. Der

Antrag seiner Fraktion habe mit der Nutzungskonzeption eine andere Zielstellung, die über eine Rechtsnorm hinausgehe. Die Fraktion wolle eine Entwicklung der Vorstellungen durch eine aktive Steuerung.

Der Oberbürgermeister meint, dass man um eine Einzelfallprüfung nicht umhin komme. Der massiven Kritik zur fehlenden Einbeziehung der Anwohner müsse entsprochen werden und das gehe kaum durch ein Nutzungskonzept.

Herr Dr. Scharfenberg schlägt vor, die Satzung über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen zu prüfen und die geforderten Regelungen mit zu berücksichtigen. Das sollte der Verwaltung als Auftrag mitgegeben werden.

Herr Schüler bittet, die beiden Anträge nochmals in den Fraktionen zu beraten und in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses erneut aufzurufen.

- zu 4** **City - Beirat**
Vorlage: 06/SVV/0656
Fraktion SPD

zurückgezogen – siehe Tagesordnungspunkt 3

- zu 5** **Großveranstaltungen in der Potsdamer Innenstadt**
Vorlage: 06/SVV/0688
Fraktion BürgerBündnis/FDP

zurückgestellt – siehe Tagesordnungspunkt 3

- zu 6** **Sanierung der Stadt- und Landesbibliothek und des Alten Rathauses**
Vorlage: 06/SVV/0896
Fraktion DIE LINKE. PDS

Der Oberbürgermeister schlägt vor, auch diesen Tagesordnungspunkt zurückzustellen, da das Votum des Ausschusses für Finanzen fehlt.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

- zu 7** **Jugendförderplan der Landeshauptstadt Potsdam 2007 bis 2008/2010**
Vorlage: 06/SVV/0968
Oberbürgermeister, FB Jugendamt

zurückgestellt

- zu 8** **Bürgerbeteiligung bei Großprojekten**
Vorlage: 06/SVV/0988
Fraktion Die Andere

Der Oberbürgermeister verweist auf die Festlegung in der letzten Sitzung des Hauptausschusses, mit der die Verwaltung beauftragt wurde, einen Formulierungsvorschlag zu erarbeiten. Dieser liegt den Mitgliedern schriftlich vor und wird durch den Oberbürgermeister erläutert.

Änderungsvorschlag der Verwaltung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Im Sinne der Entwicklung Potsdams zu einer Bürgerkommune soll die informelle Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an wichtigen kommunalen Entscheidungen als ergänzendes Demokratieelement schrittweise weiter ausgebaut werden.
2. Bereits im Jahr 2007 soll diese Zielstellung durch ein erweitertes Verfahren zum Bürgerhaushalt 2008 und eine intensive Bürgerbeteiligung bei der Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes umgesetzt werden.
3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Hauptausschuss Anfang 2008 eine Evaluierung der Beteiligungsprozesse als Grundlage für weiterführende Entscheidungen zur Optimierung und/oder Ausweitung der Bürgerbeteiligung vorzulegen.
4. Der Oberbürgermeister wird gebeten, sich im Bezug auf die Novellierung der Gemeindeordnung für eine rechtliche Absicherung der freiwilligen Bürgerbeteiligung und insbesondere der Bürgerbefragung als Instrument der Kommunalpolitik einzusetzen.

Anschließend informiert Frau Grimm über einen geänderten Beschlussvorschlag der Fraktion Die Andere, der den Fraktionen zugeleitet wurde. Dieser hat folgenden Wortlaut:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis zur Stadtverordnetenversammlung im **März** 2007 einen abstimmungsfähigen Vorschlag vorzulegen, wie die Bevölkerung an der Entscheidung über **stadtteilprägende und/oder kontrovers diskutierte Projekte** der Stadtentwicklung direkt beteiligt werden kann.

Anschließend fragt Herr Schubert, wer definieren solle, was „stadtteilprägende und/oder kontrovers diskutierte Projekte der Stadtentwicklung“ seien. Bis zur „Bürgerkommune“ sei es noch ein langer Weg, der sich jedoch als Prozess vollziehe und schrittweise immer mehr Elemente integriere. Diesen Ausführungen schließt sich Herr Bretz an und betont, dass das Anliegen des Antrages durchaus berechtigt sei, ihm in der Formulierung des Beschlussvorschlages jedoch die nötige Klarheit fehle. Deshalb empfehle er, sich dem Vorschlag der Verwaltung anzuschließen.

Herr Dr. Scharfenberg meint, dass mit der Bürgerbefragung zum Stadtschloss gewisse Erwartungen geweckt wurden, die man jedoch nicht mit der „Brechtstange“ durchsetzen könne. Der Prozess, an dem man das festmache, sei der Bürgerhaushalt. Der Antrag der Verwaltung fülle das Anliegen der Fraktion Die Andere aus. Er schlägt vor, den Beschlusstext im Punkt 1, 1. Zeile, zu ergänzen, so dass diese jetzt lautet:

1. Im Sinne der Entwicklung Potsdams zu einer Bürgerkommune soll die **konsultative und** informelle Beteiligung ...

Frau Grimm betont, dass es nicht nur um eine Befragung gehe, sondern um eine intensive Beteiligung der Bürger und die Evaluierung dieser Prozesse. Die Fraktion Die Andere könne den Vorschlag der Verwaltung so nicht übernehmen.

Herr Schüler habe für beide Formulierungsvorschläge wenig Sympathie, da sie „in die Irre führen“. So habe man auch bei der Befragung zum Stadtschloss Fragen gestellt, die breite Interpretationsmöglichkeiten zulassen. Er unterstelle den Befürwortern dieser Anträge, dass sie wahlweise Fragen stellen oder auch nicht, es sei unklar, wann die Bürger befragt werden und wann nicht und wie mit den Ergebnissen umgegangen werde.

Herr Schubert verweist darauf, dass aktivierende Elemente gemeint seien, wenn von Bürgerbeteiligung die Rede sei. Man wolle nicht warten, bis der Bürger komme, sondern überlegen, wie man die Bürger dazu aktiviere. Das, so meine er, sei auch die Linie der Partei der Grünen und somit sei die Auffassung von Herrn Schüler bzw. seiner Fraktion nicht zu verstehen.

Frau Dr. Schröter betont, dass mit dem Vorschlag der Verwaltung der Antrag der Fraktion Die Andere „getoppt“ werde, was sehr selten passiere. Sie regt an, über diesen Vorschlag seitens der Fraktion Die Andere noch einmal nachzudenken, ob sich darin nicht doch ihr Anliegen wiederfinde.

Herr Dr. Scharfenberg schließt sich den Ausführungen von Herrn Schubert an bittet Herrn Schüler, seine Position bezüglich der Bürgerbefragung noch einmal zu überdenken. Die Bürgerbeteiligung sei schon Information, gewollt sei aber der **Dialog** mit den Bürgern.

Herr Schüler erwidert, dass er die Bürgerbefragung für ein ungeeignetes Instrument halte, was auch die letzte Befragung zum Stadtschloss gezeigt habe. Er sehe den Beweis erbracht, weil die PDS meine, daraus ableiten zu können, Bedingungen für den Stadtschlossbau stellen zu dürfen. Das Ergebnis werde für die Untermauerung der eigenen Position genutzt, was wenig damit zu tun habe, die Bürgermeinungen ernst zu nehmen.

Der Oberbürgermeister stellt den modifizierten Beschlusstext der Verwaltung mit der von Herrn Dr. Scharfenberg vorgeschlagenen Ergänzung im Punkt 1 zur Abstimmung:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

1. Im Sinne der Entwicklung Potsdams zu einer Bürgerkommune soll die konsultative und informelle Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an wichtigen kommunalen Entscheidungen als ergänzendes Demokratieelement schrittweise weiter ausgebaut werden.
2. Bereits im Jahr 2007 soll diese Zielstellung durch ein erweitertes Verfahren zum Bürgerhaushalt 2008 und eine intensive Bürgerbeteiligung bei der Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes umgesetzt werden.
3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Hauptausschuss Anfang 2008 eine Evaluierung der Beteiligungsprozesse als Grundlage für weiterführende Entscheidungen zur Optimierung und/oder Ausweitung der Bürgerbeteiligung vorzulegen.
4. Der Oberbürgermeister wird gebeten, sich im Bezug auf die Novellierung der Gemeindeordnung für eine rechtliche Absicherung der freiwilligen Bürgerbeteiligung und insbesondere der Bürgerbefragung als Instrument der Kommunalpolitik einzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 13
Ablehnung: 1
Stimmenthaltung: 2

zu 9 Mitteilungen der Verwaltung**zu 9.1 Handlungskonzept zur Gestaltung des Demografischen Wandels in der Landeshauptstadt Potsdam****Vorlage: 06/SVV/1009**

Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass die Mitteilungsvorlage umfassend im Ausschuss für Gesundheit und Soziales sowie im Ausschuss für Bildung und Sport vorgestellt wurde und schlägt vor, auf eine weitere Einbringung und Erläuterung zu verzichten. Die dazu vorliegende Präsentation liegt dem Protokoll als Anlage bei.

Frau Dr. Müller bestätigt, dass die Mitteilungsvorlage im Ausschuss für Gesundheit und Soziales umfassend diskutiert wurde und stellt fest, dass die Mitteilungsvorlage viele Potenziale in sich birgt, die nicht verloren gehen dürfen. Leider habe man in der Vergangenheit die Erfahrung gemacht, dass Mitteilungsvorlagen nicht den notwendigen Grad der Verbindlichkeit gaben. Ein Beispiel dafür sei das Konzept zu den Bürgerhäusern, welches ebenfalls als Mitteilungsvorlage zur Kenntnis gegeben wurde und auch so in der Umsetzung behandelt werde. Sie empfehle daher, eine Form der Beschlussfassung für das Handlungskonzept zu finden.

Der Oberbürgermeister erwidert, dass mit dem Handlungskonzept ein Rahmen für vorhandene Handlungsfelder definiert wurde. Sicherlich könne man die Handlungsschritte herausfiltern und in eine Beschlussvorlage legen.

Herr Dr. Scharfenberg spricht der Verwaltung für die genannte Vorlage ein Lob aus. Es seien Vorkehrungen benannt, um die Entwicklung zu begleiten und entsprechend zu handeln. Er fragt nach, ob es im weiteren Vorgehen möglich sei, die Bielefelder Erfahrungen stärker zu nutzen und sich abzustimmen, um evtl. Doppelarbeiten zu vermeiden. Die Ausführungen von Frau Dr. Müller unterstütze er ausdrücklich. Herr Schubert fragt nach, ob eine Protokollnotiz möglich sei, dass die Punkte, die herausgefiltert werden sollen, bis zu einem Zeitpunkt „X“ der Stadtverordnetenversammlung als Beschlussvorlage vorgelegt werden.

Frau E. Müller antwortet auf die Fragen und verweist darauf, dass sich Potsdam im Kontext mit Bielefeldt und anderen Städten sowie dem Städte- und Gemeindebund befinde. Die Systematik und Methodik, die sich in der Mitteilungsvorlage darstelle, sollen auch weiter beibehalten werden und man habe vereinbart, dass die Bereiche Bildung und Kultur „nachgearbeitet“ werden. Dies wolle der Geschäftsbereich 2 bis zur Sommerpause angehen, so dass bis Herbst 2007 die wesentlichen Dinge benannt und deren Abarbeitung festgelegt werden könne.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 9.2 Kommunalen Einnahmevergleich**Vorlage: 06/SVV/0982**

Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

Der Oberbürgermeister informiert, dass die Mitteilungsvorlage im Ausschuss für Finanzen und im Ausschuss für Kultur zur Kenntnis genommen wurde. Anschließend erläutert Herr Exner die schriftlich ausgereichten Grafiken zur Verteilung der Einnahmen, der Aufteilung der Steuereinnahmen, die Hebesätze Grundsteuer B, die Einnahmen aus der Grundsteuer A und B sowie die Verteilung der Gewerbesteuer und den Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer. Der Oberbürgermeister stellt fest, dass dies eine Fleißarbeit sei und eine gute Informationsgrundlage, die insbesondere im Kontext mit der nächsten Haushaltsberatung zu beachten sei.

Frau Bankwitz bedankt sich für die umfassenden Ausführungen und verleiht der Hoffnung Ausdruck, dass es zukünftig keine Gewerbesteuererhöhung geben werde, weil diese für Potsdam kein Standortvorteil sei. Das schätze u.a. auch die IHK so ein.

Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, wie sich die Entwicklung Potsdams seit 1990 im Verhältnis zu Ost-Kommunen und West-Kommunen darstelle, verweist Herr Exner auf den erheblichen Aufwand, der bei einer derartigen Betrachtung verursacht werde. Festzustellen sei, dass Potsdam im Vergleich zu den Ost-Kommunen die „Nase vorn“ habe und im Vergleich zu Städten in den alten Bundesländern im „Aufholtrend“ sei. Das sei jedoch relativ zu betrachten, z.B. je nach Standort der Städte.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

neu Uferwegekonzeption

Der Oberbürgermeister verweist auf die Zusage in der letzten Sitzung des Hauptausschusses, die Frage der Gültigkeit der Uferwegekonzeption für die neuen Ortsteile zu klären.

Frau Dr. von Kuick-Frenz führt dazu aus, dass seitens der Verwaltung die Notwendigkeit der Überarbeitung der Uferwegekonzeption unter Einbeziehung der neuen Ortsteile gesehen werde, momentan allerdings die notwendigen Kapazitäten fehlen. Derzeit seien die neuen Ortsteile nicht erfasst. Herr Schubert bittet, für die Überarbeitung eine Zeitschiene zu benennen. Seitens der Verwaltung wird eine entsprechende Auskunft in der nächsten Hauptausschuss-sitzung zugesagt.

zu 10 Sonstiges

Bezüglich der Sanierung des Leibniz-Gymnasiums, so Herr Dr. Scharfenberg, sei ihm zugetragen worden, dass die Arbeiten ruhen würden. Unter dem Aspekt der Einhaltung des vorgegeben Zeitplanes müsste unbedingt etwas passieren, wenn diese Information zutreffe.

Frau Fischer sagt eine umgehende Prüfung zu und Herr Schubert bittet, die Fraktionen umgehend über das Ergebnis zu informieren.